

Eine Frage der Organisation

Außeruniversitäre Forschung im historisch-soziologischen Vergleich

| THOMAS HEINZE | RUPERT PICHLER | **Außeruniversitäre**

Forschungseinrichtungen gründen sich häufig in Abgrenzung zu Hochschulen. Welche Faktoren spielen darüber hinaus eine Rolle? Gehen neue Organisationsformen immer mit der Etablierung eines neuen Forschungsgebiets einher? Ergebnisse einer Untersuchung historischer Fallgeschichten.

Unter welchen Bedingungen findet Forschung statt? Durch welche organisationalen Merkmale zeichnet sich insbesondere außeruniversitäre Forschung aus? Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftssoziologie neigen als wissenschaftliche Disziplinen dazu, dem Wissenschaftssystem und seinen Akteuren inhärente Faktoren als Bedingungen für das Entstehen neuen Wissens in den Vordergrund zu stellen und Organisationsfragen oft als bloße, wenn auch notwendige, Randbedingungen zu betrachten. Das führt unter anderem dazu, dass institutionell-organisatorische

Fragestellungen in der Literatur tendenziell unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig ist klar, dass Forschung organisiert werden muss, um finanziert und durchgeführt werden zu können. Diese Aspekte erhalten sowohl in der Wissenschaftsgeschichte als auch in der Wissenschaftssoziologie wenig Aufmerksamkeit: Das Erkenntnisinteresse der Wissenschaftsgeschichte liegt weniger in raum-zeitlich verallgemeinerbaren Aussagen, sondern darin, anhand historischer Fallgeschichten konkrete und raum-zeitlich begrenzte Beschreibungen darüber zu erstellen, wie neues Wissen und neue Technologien verfertigt worden sind. Dazu gehört auch die Frage, wie sich in konkreten Fällen Disziplinen, Forschungsfelder oder Forschungseinrichtungen gewandelt haben. Die Wissenschaftssoziologie hat seit dem Aufkommen der Science and Technology Studies ihr Interesse an institutionellen und organisatorischen Fragestellungen zwar nicht verloren, aber den Fokus auf (trans-)disziplinäre und lokale Kulturen und Praxisformen der Forschung verlegt. Institutionelle Fragen erhalten jedoch zunehmend wieder Aufmerksamkeit in der soziologischen Fachöffentlichkeit und auch in der interdisziplinären Hochschulforschung.

Analyse historischer Fallgeschichten

Gleichzeitig bestehen historisch, aber auch national und regional ausdifferenzierte Formen, Forschung zu organisieren. Die Gründe, warum für Forschungseinrichtungen bestimmte Organisationsformen gewählt werden, sind

offensichtlich ganz unterschiedlich und hochgradig kontextspezifisch. Bestehende historische und soziologische Untersuchungen zu Forschungseinrichtungen streben dementsprechend meist keine verallgemeinerbaren Ergebnisse an. Sie schaffen jedoch ein solides wissenschaftshistorisches Wissensfundament für verallgemeinerungsfähige Betrachtungen. Prozesse des Strukturwandels, ebenso wie auch wissenschaftliche Erkenntnisprozesse, erstrecken sich nämlich häufig über einen längeren Zeitraum. Die historische Perspektive bietet somit gute Voraussetzungen, relevante Faktoren zu identifizieren. Auf Basis 15 verschiedener Fallgeschichten sind wir deshalb der Frage nachgegangen, welche verallgemeinerungsfähigen Erkenntnisse sich aus diesen hinsichtlich des organisatorischen Rahmens außeruniversitärer Forschungseinrichtungen gewinnen lassen.

Die Fallauswahl unserer Untersuchung unterlag einer gewissen Zufälligkeit, ergab aber gleichzeitig eine vielfältige Mischung an Fallstudien, die nicht nur eine breite Palette an Disziplinen und Fachrichtungen berücksichtigen, sondern auch ganz unterschiedliche institutionelle Settings. Schwerpunktmäßig wurden Einrichtungen in Deutschland und Österreich untersucht, darüber hinaus Institutionen aus Frankreich, den Vereinigten Staaten und Tschechien. Der abgedeckte Zeitraum erstreckt sich vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts. Das entspricht in etwa jenem Zeitraum, in dem sich in Europa und den Vereinigten Staaten Wissenschaftssysteme in ihrer heute noch wirksamen Form institutionell ausdifferenziert haben. Um vergleichbare und im Idealfall auch generalisierbare Erkenntnisse zu gewinnen, orientieren sich die Fallstudien einheitlich an einem strukturierten Frageraster. Damit war

AUTOREN



Thomas Heinze ist Professor für Soziologie, insbesondere Organisationssoziologie, und stellvertretender Leiter des Interdisziplinären Zentrums für Wissenschafts- und Technikforschung (IZWT) an der Universität Wuppertal.



Rupert Pichler ist Vorstandmitglied der Ignaz-Lieben-Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte, stellvertretender Sektionschef für Innovation und Technologie und Leiter der Abteilung für Forschungs- und Technologieförderung im österreichischen Klimaschutzministerium.

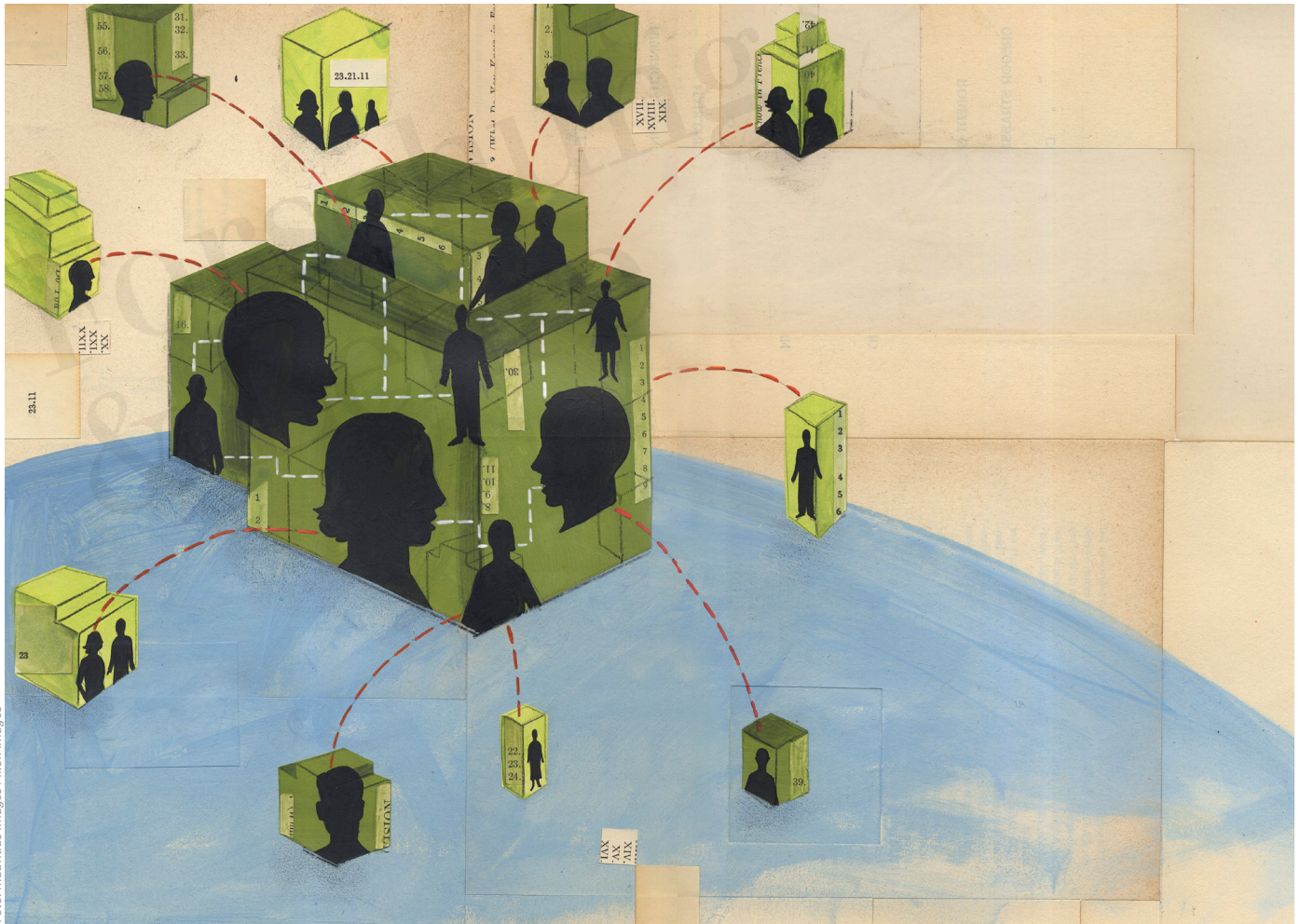


Foto: mauritius images / Kon Images

es möglich, in Form einer Synopse der Frage nach verallgemeinerbaren Befunden nachzugehen und ein konzeptuelles Schema zu entwickeln, das die Einordnung von Zusammenhängen zwischen Forschungsorganisation und -inhalt anhand dichotom ausgeprägter Variablen ermöglichen soll. Damit lassen sich bestimmte institutionelle Entwicklungen in der Forschung nach organisatorischen und/oder inhaltlichen Gründen differenzieren.

Kompensation von Defiziten

Ein erster verallgemeinerbarer Befund ist die Beobachtung, dass außeruniversitäre Forschungseinrichtungen regelmäßig in mehr oder weniger direkter Abgrenzung zu den Universitäten etabliert worden sind. Die Einrichtung außeruniversitärer Forschungsinstitute geschah häufig, wenngleich nicht ausschließlich, in Reaktion auf – von den maßgeblichen Akteuren wahrgenommene – institutionelle Defizite der universitären Strukturen. Zu solchen Defiziten zählen: die stark disziplinäre Ausrichtung, die wenig Raum für inter- und trans-

disziplinäre Forschung ließ; die Trägheit (und teilweise Unfähigkeit), zügig Kapazitäten in neuen Forschungsthemen und -feldern aufzubauen; schließlich ihre Einbettung in nationale Strukturen und Kulturen, die insbesondere dann zum Problem wird, wenn länderübergreifende und/oder gesellschaftliche Sektoren (Wirtschaft, Politik) übergreifende Ko-

»Historisch, aber auch national und regional bestehen ausdifferenzierte Formen, Forschung zu organisieren.«

operationen im Mittelpunkt der Forschungstätigkeit standen.

Dabei ist anzumerken, dass sich durchaus nicht alle Akteure darüber einig sein mussten, dass die Universitäten strukturelle Defizite aufwiesen. Es genügte, wenn einzelne – staatliche oder private Akteure – ein diesbezügliches Defizit sahen und bereit waren, neue außeruniversitäre Strukturen zu finanzieren. Es finden sich mehrere Beispiele, die sich auf die eine oder andere Weise auf eine solche Konstellation zurückführen

lassen, beispielsweise das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln oder das Institut für Höhere Studien in Wien, die sich mit der außeruniversitären Etablierung international orientierter Forschungsprogramme in den Sozialwissenschaften beschäftigen.

Diese Analyse der Defizite universitärer Forschung ist anschlussfähig an die Arbeiten der Soziologen Joseph Ben-David und J. Rogers Hollingsworth, die sich beide mit den institutionellen und organisationalen Voraussetzungen des Aufstiegs des US-amerikanischen Wissenschaftssystems und der gleichzeitig abnehmenden Hegemonie der Universitäten im deutschsprachigen Raum Anfang des 20. Jahrhunderts beschäftigen.

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen werden außerdem etabliert, um Kooperationsbeziehungen zwischen dem Wissenschaftssystem und der Wirtschaft zu ermöglichen. Universitäten, insbesondere im deutschsprachigen Raum, erscheinen oftmals strukturell überfordert, wenn außerhalb des Wissenschaftssystems generierte Fragestellungen an sie

KLEINE FÄCHERKUNDE



Vorname Nachname
XXX

Was erforschen Sie?

xxx

Was fasziniert Sie daran?

xxx

Für wen ist das wichtig?

xxx

herangetragen wurden. Gerade Unternehmen wünschen gleichartige, vor allem organisationsförmige Kooperationspartner, um den Erfolg und das Risiko einer Geschäftsbeziehung abschätzen zu können. Die in der technischen Ausbildung wurzelnden technischen Hochschulen beziehungsweise Universitäten konnten dieses Defizit zum Teil durch spezifische institutionelle Arrangements kompensieren.

Frage der Ressourcen

Ein zweiter aus den 15 Fallanalysen verallgemeinerbarer Befund ist darin zu sehen, dass es für die Entstehung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen entscheidend gewesen ist, ob und unter welchen Bedingungen Ressourcen verfügbar waren. Die Bereitstellung von Finanzierung, Personal und/oder Infrastrukturen ist eine Voraussetzung dafür, dass eine neue Forschungseinrichtung überhaupt zustande kommt. Wie sich die jeweilige Forschungseinrichtung dann weiterentwickelt, hängt vor allem von den Bedingungen ab, unter denen diese – vor allem finanziellen – Ressourcen bereitgestellt werden. Das bedeutet, dass es in erster Linie die finanziellen Arrangements sind, die die Organisationsform einer Forschungseinrichtung prägen und nicht umgekehrt. Es wird im jeweils spezifischen institutionellen Kontext somit jene Organisationsform gewählt, die eine Umsetzung der jeweiligen Forschungsziele aus Sicht der beteiligten – das heißt auch der finanzierenden – Akteure am ehesten ermöglicht.

Insofern lässt sich argumentieren, dass die Rechtsform für sich genommen die Tätigkeit und Inhalte einer Forschungseinrichtung nicht überwiegend bestimmt. Das bedeutet wiederum nicht, dass die spezifischen Regeln unterschiedlicher Organisationsformen nicht auch auf die Tätigkeit einer Forschungseinrichtung zurückwirken können. So wird sich die Governance etwa einer als Verein organisierten Einrichtung von jener einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung oder einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung unterscheiden. Die Bandbreite der rechtlichen Möglichkeiten, die konkrete Organisationsform einer Forschungseinrichtung auszugestalten, ist jedenfalls groß und vom spezifischen Kontext unterschiedlicher insti-

tutioneller Traditionen geprägt. In allen Fällen ist aber die Finanzierung der wohl wichtigste Steuerungsfaktor für die Forschungstätigkeit. Dabei ist zu bedenken, dass außeruniversitäre Forschungseinrichtungen nicht allein durch staatliche Akteure, sondern gerade auch durch private Mäzene, Stiftungen und Unternehmen etabliert wurden, wenn Universitäten nur unzureichend in der Lage waren, aufkommende oder nachgefragte neue Forschungsinteressen zu bedienen.

Nicht immer innovativ

Die beiden angeführten Befunde bedeuten nicht zwingend, dass die so entstandenen Forschungseinrichtungen sowohl institutionell als auch wissenschaftlich innovativ waren. Eine Differenzierung der 15 Fallanalysen nach diesen beiden Dimensionen zeigte Folgendes: In knapp der Hälfte der Fälle wurden neue Forschungsthemen und -gebiete etabliert und gleichzeitig neue Forschungseinrichtungen und neue Organisationsformen gegründet. Bei ebenso vielen Fallgeschichten zeigte sich, dass neue Forschungseinrichtungen oder Organisationsformen entwickelt wurden, ohne dass damit die Bearbeitung neuer Forschungsthemen und Methoden intendiert war oder daraus resultierte.

Die Erneuerung der Forschung findet somit auf zwei Weisen statt.

Entweder werden für neue Forschungsthemen und -gebiete neue Forschungseinrichtungen und teilweise neue Organisationsformen etabliert, oder ein wissenschaftlich erfolgreiches Thema oder Gebiet wird organisational in Form neuer Forschungskapazitäten expandiert. Dabei lassen sich neue Forschungsgebiete häufig besser in Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen etablieren – und wenn Institute und Zentren ein Mindestmaß an organisatorischer und finanzieller Selbstständigkeit erhalten. Die Rechtsform scheint in diesem Zusammenhang weniger bedeutsam zu sein als die mittel- und langfristigen Finanzierungsbedingungen.

Von den Autoren ist kürzlich erschienen: Pichler, R., Heinze, T. (Hg.): *Organisationsformen der Erkenntnisgewinnung. Organisatorische Gestaltung und Wissensproduktion in der außeruniversitären Forschung*, Springer VS Wiesbaden 2024, Open Access.

»Unternehmen wünschen gleichartige, vor allem organisationsförmige Kooperationspartner.«

